



Presseerklärung
zu den Vorgängen um die Grundschule im Taunusviertel
in Lichtenrade

Vorsitzender: Hans-Jürgen Heusel
hjheusel@t-online.de
Tel.+Fax: 030 803 78 03

Schulentwicklung ohne Plan Zur Schließung der Grundschule im Taunusviertel

Der Beschluss des Schulamts Tempelhof-Schöneberg, die Grundschule im Taunusviertel im Sommer 2010 zu schließen, macht wieder einmal deutlich, woran es in der Schulpolitik außer Geld am meisten mangelt. Transparenz ist im Handeln des Schulamts noch nicht angekommen, es ist dort in doppeltem Sinn ein Fremdwort.

Die GEW Tempelhof-Schöneberg fordert die drei im BVV-Schulausschuss maßgeblichen Parteien auf, sofort und in Zukunft ihre Absichten offenzulegen und eine breit angelegte öffentliche Diskussion über die Zukunft der Schulen jedes Ortsteils in Gang zu setzen.

Dabei sind drei Bereiche des gegenwärtigen schulpolitischen Handelns zusammenzuführen:

1. Eine 4- bis 5-jährige Schulentwicklungsplanung, die den Bedarf an Schulplätzen und die vorhandenen Kapazitäten miteinander abgleicht und ebenso den Sanierungsbedarf der Gebäude und das Interesse der Steuerzahler an rationeller Verwendung der Mittel gegeneinander abwägt;
2. eine sinnvolle Fortentwicklung des Bestands an Schulen der Sekundarstufen I und II unter Berücksichtigung der Einrichtung der neuen Schulform Sekundarschule;
3. eine sinnvolle Verwendung der verschiedenen Mittel zur baulichen Sanierung, Erhaltung und Modernisierung der Schulgebäude, gegenwärtig insbesondere der aus dem Konjunkturprogramm II.

Sehr verräterisch ist die Aussage des Bezirksamts, dass der Beschluss zur Schließung bereits gefallen sei und „nunmehr das formale Prozedere“ der Beteiligung der Gremien gemäß Schulgesetz beschriftet würde. Warum jetzt noch den „Formalkram“, da doch schon alles von der Großen Bezirkskoalition aus CDU und SPD beschlossen ist?!

Nicht nachgewiesen ist, dass die beiden aufzunehmenden Schulen Nahariya-G. und G. am Dielingsgrund ab Schuljahr 2010/11 über genügend Platz verfügen unter Berücksichtigung einer Frequenz von 24 Schülern, des Platzbedarfs des jeweiligen Horts und der den heutigen Bedingungen gemäßen Arbeitsräume für Lehrkräfte.

Die GEW Tempelhof-Schöneberg fordert das Bezirksamt auf, von jeder Schließung einer pädagogisch sinnvoll funktionierenden Schule Abstand zu nehmen solange keine ausreichenden Planungsgrundlagen im Sinne vorgenannter Bedingungen vorliegen.

Die Parteien haben den Schlüssel zur Entwicklung einer öffentlichen Diskussionskultur im Bezirk in der Hand. Wir fordern sie auf, ihn jetzt einzusetzen.